

Neuer Streit ums Ivi: Polizei setzt Verbot von Konzert nicht durch

Für die FDP-Fraktion im Römer ist es ein „Armutszeugnis für diese Stadt“: In dem besetzten Haus Kettenhofweg 130 fand am Samstag ein Konzert mit etwa 300 Besuchern statt, obwohl dagegen eine einstweilige Verfügung vorlag. Als ein Gerichtsvollzieher und Polizisten die Veranstaltung auflösen wollten, verweigerten dies die linken Studenten, die in dem Haus das „Institut für vergleichende Irrelevanz“ (Ivi) betreiben. Die Polizei entschied sich gegen eine Durchsetzung des Verbots. Dies sei aus Gründen der Verhältnismäßigkeit geschehen und um eine mögliche Auseinandersetzung zu verhindern, sagte ein Polizeisprecher gestern.

Der Vorstand der Franconofurt AG, die das Haus Anfang des Jahres von der

Goethe-Universität gekauft hatte, zeigte sich enttäuscht von der Polizei. „Das geht doch nicht, dass die Angst haben, ein Verbot durchzusetzen“, sagte Christian Wolf. Er schlug vor, die Polizei solle in künftigen Streitfällen mehr Beamte zum Ivi schicken.

Für die FDP im Römer ist die Situation am Ivi die Folge eines zögerlichen Verhaltens der schwarz-grünen Koalition. Diese drücke sich vor einer Entscheidung, indem sie alle Anträge zu dem Thema seit Monaten zurückstelle. Zum Ivi gibt es derzeit Anträge der FDP, der SPD und der Piraten. Annette Rinn, die Vorsitzende der FDP-Fraktion, bezeichnete das als „unsägliche Angelegenheit“.

Franconofurt plant, auch künftig die Veranstaltungen im Ivi untersagen zu lassen – zumindest so lange, bis das Landgericht Frankfurt über die Räumungsklage der Immobilienfirma gegen die Besetzer des Hauses entschieden hat. Die Klage konnte dem Ivi lange nicht zugestellt werden, weil die Namen der linken Studenten unbekannt sind. Inzwischen sei das aber gelungen, sagte gestern ein Sprecher des Landgerichts. Es habe sich auch ein Anwalt des Asta der Universität gemeldet und gesagt, er wolle in dem Fall tätig werden. Derzeit seien die Akten zur Einsicht außer Haus, sagte der Sprecher. Wenn sie wieder zurück seien, werde ein Termin für eine mündliche Verhandlung festgelegt. *pede.*